

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

265 (13.11.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, surdlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Dienstag, den 13. November 1951

Nr. 265

DGB-Bundesausschuß einberufen
Wahrscheinlich entscheidende Aussprache mit Dr. Adenauer am Mittwoch

Düsseldorf (UP). Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, neben dem Kongress das höchste Gremium des DGB, ist zum 2. Dezember nach Düsseldorf einberufen worden.

Der Bundesausschuß wird das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem DGB und dem Bundeskanzler sowie der Bundesregierung erörtern. Am 14. November werden der DGB-Vorsitzende Fette und Bundeskanzler Dr. Adenauer noch einmal zusammenkommen. Es besteht also Gelegenheit, so wird in DGB-Kreisen betont, daß beide Gesprächspartner noch einmal versuchen, miteinander „ins reine“ zu kommen, bevor der DGB-Bundesausschuß Beschlüsse faßt.

Die Ansichten des Bundeskanzlers kann man vielleicht an einer Erklärung des CDU-CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. von Brentano ablesen, der in einer Rede in Bochum die Existenzberechtigung der Gewerkschaften anerkannte, aber doch bemerkte, leider drohe die Gefahr, daß der DGB sich von seinen eigentlichen legitimen Aufgaben entferne.

Der Informationsdienst des DGB kündigte an, man werde frei und offen darüber sprechen, ob man in Fragen der Wirtschaftspolitik miteinander arbeiten könne oder ob die Bundesregierung ihren Weg allein gehen müsse. Verantwortung könne jedenfalls nur der tragen, der auch entsprechend seiner Verantwortung Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik habe.

Es sei allgemein bekannt, so heißt es weiter, daß die Gewerkschaften den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung, d. h. die freie und angeblich soziale Marktwirtschaft ablehnen. Wenn die Gewerkschaften trotzdem gewillt gewesen seien, beratend in den wirtschaftspolitischen Gremien mitzuwirken, dann in der Überlegung, mitzuarbeiten zum Besten der von ihnen vertretenen schaffenden Menschen und zum Wohle der gesamten deutschen Wirtschaft. Man habe aber von der Regierung bisher nicht daran gedacht, sich die gewerkschaftlichen Argumente auch nur teilweise zu eigen zu machen.

Konservative gewannen Abstimmung

London (UP). Die Regierung Churchill gewann im neugewählten Unterhaus ihre erste wichtige Abstimmung. Das Haus lehnte mit 320 gegen 281 Stimmen einen Labour-Antrag ab, in dem die geplante „Entstaatlichung“ der Stahlindustrie und des Kraftwerksgewerbes bedauert wurde. Vor der Abstimmung hatte der Labour-Abgeordnete Ricardo Balbin, entfielen 19 Millionen Stimmen. Die Zusammenstellung des Gesamtergebnisses verzögert sich, da die Nachrichtenverbindungen infolge heftiger Regenstürme teilweise unterbrochen sind.

Peron weit an der Spitze

Buenos Aires (UP). Juan Peron wurde mit großer Mehrheit für weitere sechs Jahre zum argentinischen Staatspräsidenten gewählt. Nach den bisher vorliegenden nichtamtlichen Ergebnissen der Wahlen hat Peron 14 Millionen Stimmen erhalten. Auf seinen stärksten Gegenkandidat, den radikalen Abgeordneten Ricardo Balbin, entfielen 1,9 Millionen Stimmen. Die Zusammenstellung des Gesamtergebnisses verzögert sich, da die Nachrichtenverbindungen infolge heftiger Regenstürme teilweise unterbrochen sind.

Keine Zwangswirtschaft mehr

Erhard und Schäffer erläutern ihre Politik

München (UP). Die baldige Beseitigung der letzten, die freie Marktwirtschaft vor allem auf dem Kohle-, Eisen- und Stahl-Sektor hemmenden Reste der Zwangswirtschaft kündigte Bundeswirtschaftsminister Erhard auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer München an, auf der auch Bundesfinanzminister Schäffer sprach. Als „Mysterium der deutschen Kohlen-Wirtschaft“ bezeichnete Erhard das Phänomen, daß sich die Industrieproduktion trotz der gekürzten Kohlezuteilungen ständig erhöht habe. Eine weitere Steigerung der industriellen Produktion sei in nächster Zeit zu erwarten, wenn sich die deutsche Wirtschaft der 60 000 Tonnen Walzwerkserzeugnisse bedienen könne, die vorläufig noch gegen amerikanische Kohlen kompensiert werden müßten. Die Bundesrepublik werde in Kürze die Möglichkeit haben, amerikanische Kohlen ausschließlich in Dollar zu bezahlen.

Auf seine Wirtschaftspolitik eingehend sagte Erhard, daß die Finanzkraft der Bundesrepublik und ihr Wirtschaftsvolumen nur durch eine Vergrößerung der Exportleistung nicht aber durch eine Einschränkung der Importe gefördert werden könne. Zugleich setzte sich der Minister nachdrücklich für die Erhaltung des deutschen Sozialprodukts ein.

Die Sicherung der Währung, der Kaufkraft und die Ordnung der Finanzen bezeichnete Bundesfinanzminister Schäffer in seinem Referat als die wesentlichsten Ziele der deutschen Finanzpolitik. Ein weiteres Ziel sollte

es sein, der deutschen Außenpolitik eine Grundlage für die Verhandlungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu schaffen, ohne neue Verteidigungssteuern einzuführen. Der Plan, dem Ausland zu zeigen, daß die deutsche Steuerkraft erschöpft sei, werde nun gefährdet, nachdem verschiedene Vorschläge für neue Steuern gescheitert seien. Ein Ausgleich des öffentlichen Haushaltes sei jetzt nicht mehr möglich. Man werde mit einem zweiten Nachtragshaushalt rechnen müssen, der neue Anforderungen an den Bund stellen werde. Die ausgabenfreundliche gesetzgebende Körperschaft müsse nun darauf hingewiesen werden, daß Einsparungen notwendig seien. Nach dem Grundgesetz müßten Ausgaben gestrichen werden, wenn ihnen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber stehen.

Arbeitsbeginn des Mittelstandsblocks

Bonn (UP). Die drei Partner des deutschen Mittelstandsblocks, der Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer und der Deutsche Bauernverband, beschlossen auf einer gemeinsamen Sitzung, unverzüglich mit der Arbeit des Mittelstandsblocks auf Bundesebene und in allen Ländern zu beginnen. Die Organisation des Mittelstandsblocks in den einzelnen Kreisen soll unmittelbar folgen. Der Mittelstandsblock wird in Bonn ein Sekretariat und eine parlamentarische Verbindungsstelle einrichten. Für die Ausarbeitung eines Programms sind besondere Ausschüsse gebildet worden.

Deutschland-Entscheid verschoben

Eisenhower fordert weitere Divisionen - Lovett besucht die Bundesrepublik

Paris (UP). Aus offizieller französischer Quelle verlautet, daß über den deutschen Verteidigungsbeitrag auf der bevorstehenden NATO-Konferenz in Rom nicht entschieden werde. Vielmehr soll er erst auf der Mitte Januar in Paris stattfindenden Konferenz endgültig behandelt werden.

In Rom — so erklärt man am Quai d'Orsay — werde man sich in erster Linie mit der Einbeziehung Griechenlands und der Türkei in den Atlantikpakt beschäftigen. Ferner stehe der geplante Viermächtepakt zur Verteidigung des Nahen Ostens auf der Tagesordnung.

In Kreisen des italienischen Außenministeriums wurde darauf hingewiesen, daß die endgültige Festlegung der NATO-Tagung auf den 24. November in Rom auf die eindeutige Ablehnung der Abrüstungsvorschläge der Westmächte durch die Sowjetunion zurückzuführen sei. Die römische Konferenz findet somit unmittelbar im Anschluß an die Konferenz der drei westlichen Außenminister mit Bundeskanzler Dr. Adenauer statt.

Die Generalstabschefs der Atlantikpakt-Staaten sind zur Zeit damit beschäftigt, genaue Vorschläge für die Zusammenkünfte der Außenminister auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang verlautet, daß General Eisenhower dringend die Aufstellung von 20 bis 24 weiteren europäischen Divisionen im Lauf von sechs Monaten gefordert hat. Der amerikanische Staatssekretär für die Armee, Frank Pace, der zur Zeit in Paris weilte, besprach mit General Eisenhower den beschleunigten Aufbau der Verteidigung Westeuropas, besonders die Belieferung mit Waffen. Anschließend erörterte er die gleichen Probleme mit dem französischen General Juin, der darauf hinwies, daß Frankreich die gewünschte Zahl

von Divisionen nicht zum festgesetzten Zeitpunkt aufstellen könne, wenn die amerikanische Waffenhilfe nicht verstärkt werde.

In diesen Zusammenhang gehört eine, allerdings mit Vorsicht zu beurteilende Information, wonach der britische Außenminister Eden seinem französischen Kollegen Schuman gegenüber zum Ausdruck gebracht haben soll, Großbritannien werde jede Aktion Frankreichs zur Einigung des Kontinents unterstützen, sich jedoch nicht selbst daran beteiligen. Eden habe zu verstehen gegeben, daß die Beziehungen zum Commonwealth seine Regierung gegenwärtig daran hinderten, einer europäischen Staatenföderation, dem Schuman-Plan oder der Europa-Armee beizutreten.

Der US-Verteidigungsminister Lovett trifft am Dienstag in Paris ein. Er wird die von Pace vorbereiteten Verhandlungen fortsetzen und sich dann nach Rom zur Tagung des Atlantikpaktes begeben. Außerdem will Lovett Bonn, Wiesbaden, Heidelberg und Berlin besuchen.

Bonner Beobachter in Rom?

Maßgebliche Abgeordnete des Bonner Bundestages äußerten die Ansicht, Deutschland sollte auf der Konferenz des Atlantikpaktes in Rom durch einen Beobachter vertreten sein. Offizielle Schritte zur Verwirklichung einer solchen Anregung sind zwar noch nicht unternommen worden, jedoch wies man in Kreisen des Kanzleramtes darauf hin, daß die Bundesregierung bei der gegenwärtig in Paris stattfindenden UN-Vollversammlung durch einen offiziellen Beobachter vertreten ist. Ein analoger Antrag an die Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes sei also „nicht mehr als recht und billig“.

Um die neue Wahlordnung

Briefwechsel Adenauer-Schumacher um den Gesetzentwurf der Bundesregierung
Bedenken des Oppositionsführers

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer und der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher haben sich in einem Briefwechsel mit dem von der Bundesregierung entworfenen Gesetz für gesamtdeutsche Wahlen auseinandergesetzt. Dr. Schumacher stellt fest, die Bundesregierung sei in entscheidenden Grundsätzen von der vom Bundestag gebilligten Linie abgewichen. Dr. Adenauer weist diese Vorwürfe zurück.

Dr. Schumacher schreibt, es müsse das Ziel einer auf die Einheit Deutschlands gerichteten Politik sein, die Demokratie in allen vier Besatzungszonen und Berlin durchzusetzen und zu sichern. Mit den Beschlüssen des Bundestages und der Regierungserklärung vom 9. März und 27. September sei das Gesetz des Handelns in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in die Hand der deutschen Demokratie gegeben. Die Note der Bundesregierung an die Hochkommission über die UN-Kontrolle stelle die Auswirkung dieser Initiative dar. Dr. Adenauer hält dem entgegen, die Bundesregierung sei überzeugt, daß „die eindeutige Entscheidung und Initiative allein die Mittel sind, mit denen die Demokratie in einem geeinten Deutschland zur voll-

sten Geltung gebracht werden kann“. Die Bundesregierung sei überzeugt, daß der vorgelegte Entwurf einer Wahlordnung ein wirksames Instrument bei der Verfolgung dieses Zieles ist.

Dr. Schumacher meint, die Souveränität des deutschen Volkes würde grundsätzlich beeinträchtigt, wenn das Verfassungskomitee der Nationalversammlung von der Zustimmung eines Länderausschusses abhängig gemacht würde. Hierzu stellt der Bundeskanzler in seinem Antwortschreiben fest: Da in dem Entwurf der Bundesregierung die Wahl der Vertreter der deutschen Länder unmittelbar durch das Volk vorgesehen ist, könne darin keine Einschränkung der Souveränität des Volkes gesehen werden. Die Nationalversammlung sei durch den Gesetzentwurf nicht nur ermächtigt, die Verfassung zu schaffen, sondern sei für die Übergangszeit befugt, die erforderlichen legislativen und administrativen Maßnahmen zu treffen.

Mit der Aufnahme der Grundsätze für eine gesamtdeutsche Verfassung in die Wahlordnung soll nach Mitteilung Adenauers erreicht werden, daß ihre Verwirklichung durch alle vier Besatzungsmächte garantiert wird. Dr. Schumacher lehnte diese Grundsatzvorschriften ab. Sie seien ein Versuch, die Nationalversammlung an Auflagen zu binden, und könne die Alliierten reizen, entsprechende Auflagen zu machen. In dem Schreiben des Bundeskanzlers heißt es hierzu, die Festlegung der Grundsätze in einem von deutscher Seite geforderten Gesetz bedeute keine Auflage, sondern eine Sicherung der freien Arbeit der künftigen Nationalversammlung. Im übrigen könne Bundesrat und Bundestag selbstverständlich Vorschläge für die endgültige Fassung des Gesetzentwurfes machen.

Dr. Schumacher bittet den Bundeskanzler in einem Schreiben, nicht zu übersehen, daß bei den „deutsch-sowjetischen Partnern“ die deutsche Einheit kein Wunsch, sondern ein Angsttraum sei. Die pro-sowjetischen Kräfte würden jede Halbheit und Unklarheit auf der westlichen Seite propagandistisch ausnutzen und ihr mangelndes Einheitswillen vorwerfen.

Der Bundeskanzler schreibt abschließend an den Oppositionsführer: „Da gerade im jetzigen Zeitpunkt des Zusammentritts der UN einer möglichst weitgehenden Übereinstimmung in der Frage der Wiedergewinnung der deutschen Einheit eine besondere Bedeutung zukommt, würde ich es sehr begrüßen, wenn wir uns über die Fassung des Entwurfes eines Wahlgesetzes einigen könnten“.

„Adlerhorst“ wird gesprengt

Frankfurt (UP). Das im Jahre 1937 bei Liebenberg in Hessen gebaute „Führerhauptquartier Adlerhorst“ wird auf Veranlassung der Besatzungsbehörden gegenwärtig gesprengt. Das in einen Berg hineingetriebene, unverzweigte System von Verbindungsgängen, Unterkünften und Besprechungszimmern ist zum Beginn der Sprengungen noch gut erhalten.

Adenauer gegen Fette

Von Günther Scheitz

Das Verhältnis der Bundesregierung zum Deutschen Gewerkschaftsbund erweist sich mehr und mehr als der Angelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung. Seine reale Bedeutung ist ungleich größer als die Kluft zwischen Regierung und Opposition oder die permanenten Fehden einzelner Parteien gegeneinander. Die legale Verkörperung der Macht des Staates, nämlich die Regierung, deren parlamentarische Mehrheit feststeht, sieht sich der im DGB zusammengefaßten Nebenregierung gegenüber, die die Interessenvertretung von fünf Millionen Arbeitnehmern monopolisiert hat. Auf Befehl der Regierung marschieren Polizei und Grenzschutz, auf Befehl des DGB läuft oder ruht die Arbeit in Tausenden von Betrieben.

Wenn auch diese Machtverteilung demokratischen Grundsätzen widerspricht, sie ist eine Tatsache, die nur eine Zuspitzung der allgemeinen Tendenz darstellt, die auf Jahre festgelegten parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zu umgehen und die legitime Regierung unter den Druck von monopolisierten berufständischen Interessen zu setzen. Diese Vereinfachung unterstellt selbstverständlich, daß die Macht des DGB durch die Uneinheitlichkeit der einzelnen Industriegewerkschaften und wachsende kommunistische Einflüsse genau so problematisch ist wie die Macht der Regierung, die der Kontrolle des Parlaments unterliegt. Sie macht aber deutlich, daß zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Fette als Personen das Hauptspannungsfeld liegt, dessen Wirkungen jeden Staatsbürger täglich berühren.

Der DGB hat sich nicht lange bitten lassen, als er eine erneute Einladung des Bundeskanzlers zur Wiederaufnahme der Besprechungen mit der Bundesregierung über seine wirtschaftspolitischen Forderungen erhielt. Wenn Fette die Einladung angenommen hat, so kann er darauf hinweisen, daß Bundesminister Dr. Dehler seine scharfen Angriffe gegen den DGB, die zum Abbruch der Besprechungen geführt hatten, inzwischen selbst mit einer halben Entschuldigung als Bereitschaft zu einem „konstruktiven Gespräch“ umdeutet. Die Teilnahme Dehlers an der nächsten Zusammenkunft zwischen Dr. Adenauer und Fette wird Gelegenheit geben, die entstandenen Differenzen direkt zu erörtern und das „konstruktive Gespräch“ zu beginnen.

Der DGB erwartet allerdings, daß innerhalb der nächsten drei bis vier Wochen wenigstens auf Teilgebieten konkrete Fortschritte erzielt werden, nachdem die bisherigen Verhandlungen seit dem August-Besuch Fettes auf dem Bürgerstock ohne Resultat geblieben sind. Solche Fortschritte dürften vor allem in einem Übereinkommen über die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes in der Kohle- und eisenschaffenden Industrie auf die Großchemie gesehen werden, während gerade dieser Punkt auf die eindeutige Ablehnung der Regierung angehörenden FDP stößt. Was die Folge eines Fortbestehens der Differenzen bedeuten würde, hat Fette kürzlich in seiner für Bonn als Drohung erscheinenden Bemerkung über die eventuelle Notwendigkeit von weiteren Lohnerböhen angedeutet.

Man weiß aber, daß Christian Fette nicht zu den schumacherreuen Gewerkschaftsfunktionären gehört und sich bemüht, die Linie des verstorbenen DGB-Vorsitzenden Böckler fortzuführen, deren Hauptkennzeichen das Verantwortungsbewußtsein war. Die von Fette ausgehende Mäßigung zeigt sich auch in den Informationen darüber, was die DGB-Führung unternehmen würde, wenn sie dem Bundesausschuß, der für sie eine Art Parlament darstellt, keine in allen Punkten zufriedenstellenden Verhandlungsergebnisse vorlegen könnte. Die bei einer solchen Entwicklung in Aussicht gestellte Zurückziehung aller Gewerkschaftsvertreter aus den wirtschaftspolitischen Gremien der Bundesregierung soll dann zunächst teilweise eingeleitet werden. Die Gewerkschaftler würden, so heißt es, aus den Ausschüssen ausscheiden, in denen ihre Mitarbeit der Bundesregierung am wenigsten notwendig erscheint und in den anderen, wie z. B. den Schumanplan-Institutionen, vorläufig verbleiben.

Aus außenpolitischen Gründen wäre es zu hoffen, daß alle Beteiligten dazu beitragen, einen definitiven Bruch zu vermeiden. Wenn außerdem die Gewerkschaften von ihrer überparteilichen Stellung und nicht zu sehr von ihren Sympathien für die SPD ausgehen, wird sich ein Weg finden lassen, der das Schlimmste verhütet und dem deutschen Volke eine Parallele der unheilvollen Kluft zwischen Regierungsparteien und Opposition erspart. Die Erhaltung des sozialen Friedens ist wichtiger als eine Prestige-Erfolg.

Die Stadtratswahlen in Wolfsburg ergaben: SPD 11 Sitze, CDU und BHE je 5 Sitze, SRP 4, DP 2, FDP und KPD je einen Sitz.

Empfänge beim Bundespräsidenten

Knappstein will nicht Pressechef werden
Bonn (UP). Der Bundespräsident empfing sechs amerikanische Senatoren und sechs Abgeordnete des Repräsentantenhauses...

Mittags waren die amerikanischen Politiker Gäste des Vizekanzlers Blücher bei einem Essen...

Als erster Ausländer wurde der bisherige luxemburgische Gesandte in Bonn, Dr. Albert Wehrer, vom Bundespräsidenten bei seinem Abschiedsbesuch mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet...

Nach dem CDU-Abgeordneten Kiesinger hat nun auch der gegenwärtige deutsche Generalkonsul in Chicago, Karl Heinrich Knappstein, die Übernahme des Postens eines Bundespressescheffs abgelehnt.

Altes Schlachtschiff ist verschwunden

London (UP). Am 4. November riß sich das zum Verschlößen bestimmte, 19.000 Tonnen große Frachtschiff brasilianische Schlachtschiff „Sao Paulo“ südöstlich der Azoren im Sturm von den zwei Schleppern los...

Wieder auf dem toten Punkt

Seoul (UP). Der Unterausschuß zur Festlegung der Demarkationslinie in Korea trat erneut in Pan Mun Jon zusammen, erzielte jedoch keine Ergebnisse. Eine Differenz in den territorialen Forderungen der beiden Parteien besteht zwar nicht mehr, seitdem die Alliierten ihre Forderung auf die Stadt Kaesong aufgegeben haben...

Zusammenstoß auf den Philippinen

Manila (UP). Eine Bande von „Huks“ stieß mit militärischen Verbänden zusammen. Am Fuße des Mount Arayat soll sich eine richtige Schlacht zwischen den kommunistisch orientierten „Huks“ und dem Militär entwickelt haben. Bei einem Überfall der „Huks“ auf Santa Anna sollen neun Personen getötet und neun Personen verwundet worden sein...

Die Viet-Minh in Indochina sind dabei, ihre Aktivität in Saigon zu verstärken. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Überfällen, in deren Verlauf in einer überfüllten Bar durch Handgranaten zwei Personen getötet und 16 verletzt wurden. Auch am hellen Tage warfen die Terroristen Handgranaten im Geschäftsviertel von Saigon...

Das Hochwasser steigt weiter an

Bisher 35 Tote - Venedig unter Wasser - Auch das Rhönetal gefährdet
Rom (UP). Seit Tagen anhaltende Regengüsse haben in Italien, Südf frankreich und der Südschweiz die Flüsse und Seen anschwellen lassen. An vielen Stellen trat das Wasser über die Ufer und überschwemmte weite Gebiete...

In den letzten 24 Stunden dehnte sich das Unwetter auch auf Mittelitalien aus. In der Nähe von Rom wurden Bäume entwurzelt und Gebäude abgedeckt. Ein Kleinlastwagen wurde vom Sturm erfaßt und weggeblasen, der Fahrer kam dabei ums Leben...

Aus Südf r frankreich werden Überschwemmungen aus dem Strönggebiet der Rhône und der Saône gemeldet, bei denen bis jetzt mindestens drei Personen umgekommen sind. Die Wassermassen steigen immer noch weiter an. In der Südschweiz halten die Regengüsse an. In den Kantonen Tessin und Wallis gingen an zahlreichen Stellen Erd- und Felsrutsche nieder, die die Straßen blockierten und einsame Täler abschnitten...

Waffenstillstand im Kalten Krieg

Maßvolle Rede des Außenministers - Moskau soll seine Haltung überprüfen

Paris (UP). Der britische Außenminister Eden erwiderte vor der UN-Generalversammlung am Montag die scharfen Polemiken Wyschinski mit einer Rede, die betont maßvoll war.

Er glaube nicht, daß in den internationalen Disputen eine Partei stets hundertprozentig im Recht sei, während die andere allein Unrecht habe, so sagte er u. a.; er appelliere deshalb an die Staatsmänner der Sowjetunion, ihren Beschimpfungs- und Verleumdungsfeldzug gegen die westlichen Demokratien einzustellen und einen „Waffenstillstand im Kalten Krieg“ zu schließen...

Der „Sturzbauch von Beschimpfungen aus dem Munde des Herrn Wyschinski“ habe ihn nur traurig gestimmt. Die Völker der westlichen Demokratien erwarteten von ihren Führern keine gegenseitigen Beschimpfungen, sondern ernste Bemühungen um die Herstellung einer gegenseitigen Verständigung, Methoden, wie sie von sowjetischer Seite angewendet würden, könne er weder verstehen noch akzeptieren.

Eden verteidigte in seiner Rede den Atlantikpakt, verwies auf dessen rein defensive Bedeutung und betonte, der Pakt sei notwendig geworden, weil aus der Ungleichheit der Kräfte eine ernste Gefahr für den Frieden entstanden sei. Der Westen habe erkannt, daß er eine starke Verhandlungsposition beziehen müsse, um den „Kampf um den Weltfrieden“ zu gewinnen...

Deutschlandfrage vordringlich
Als die zentralen Probleme, die einer vor-

Jünglichen Lösung bedürften, bezeichnete er die Friedensregelung mit Deutschland und Österreich, die Aufnahme Italiens in die UN und die Beilegung des Korea-Konfliktes. Über Deutschland sagte Eden, daß die vorgeschlagene internationale Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen gesamtdeutscher, freier Wahlen gebildet werden sollte...

Der kanadische Außenminister Pearson warf Wyschinski vor, seine Haltung müsse zwangsläufig zu einer Verschärfung der internationalen Spannungen führen. Der Grieche J. Politis bezeichnete die Lage Deutschlands als ein Symptom für den Fehlschlag der Bemühungen um eine Sicherung des Friedens. Den UN müsse es gelingen, die Menschheit von der Kriegsfurcht zu befreien...

London sucht Freundschaft mit Madrid

Eine aufschlußreiche Verlautbarung - Churchills Programm für Washington

London (EB). Das britische Außenministerium veröffentlichte eine amtliche Verlautbarung, in der mitgeteilt wird, daß „Großbritannien korrekte und auch freundschaftliche Beziehungen zu Spanien aufrechtzuerhalten hoffe“.

Dieses Kommuniqué ist das Ergebnis einer Aussprache, die kürzlich zwischen dem spanischen Botschafter in London und dem britischen Unterstaatssekretär Harrison stattfand. Es stellt insofern keine Überraschung dar, als man in unterrichteten Kreisen bereits erwartet hatte, daß die neue konservative Regierung die Initiative zur Verbesserung der englisch-spanischen Beziehungen ergreifen werde...

Churchill sagte am Montag im Unterhaus, die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit Stalin sei nicht ausgeschlossen, wenn die Umstände dafür günstig seien. Zur Zeit würden jedoch keine Pläne für allgemeine Verhandlungen mit der Sowjetunion erwogen. Um so mehr interessiert man sich jetzt in England für die angekündigte Reise Churchills nach den USA...

ständige Verhandlungen über aktuelle anglo-amerikanische Probleme mit Außenminister Acheson führen.

Deren Hauptthema werden die militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Englands sein. Sir Edwin Plowden, der Finanzschätzmeister des britischen Schatzamts, hat bereits den Leiter der amerikanischen Auslandshilfe, Averell Harriman, in Paris aufgesucht und ihm die Wünsche Londons unterbreitet. Dazu verlautet, daß die britischen Rüstungsausgaben für die nächsten drei Jahre auf 13 Milliarden Dollar geschätzt werden...

Plowden hat die britischen Wünsche damit begründet, daß die neue Regierung vor einer finanziellen Krise stehe und keine besonderen Lasten mehr auf sich nehmen könne. Die Rüstungsausgaben machten in Großbritannien pro Kopf der Bevölkerung nicht weniger aus als in den USA. Ferner verschlechterte sich die britische Zahlungsbilanz, so daß auch von dieser Seite her ernste Gefahren drohten...

Der britische Schatzkanzler Butler wird sich am Mittwoch nach Paris begeben, um die finanziellen Fragen der Aufrüstung mit NATO-Vertretern zu besprechen, damit er ein klares Bild der zukünftigen Belastung Großbritanniens erhält. Der französische Ministerpräsident Pleven hat nach Mitteilung offiziöser Pariser Kreise nicht die Absicht, gleichzeitig mit Churchill nach Washington zu reisen.

Vermittlung London-Kairo

Acheson macht Kompromißvorschlag - Streik in Alexandria

Kairo (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson hat nach Informationen aus Paris einen Kompromißvorschlag zur Beilegung des britisch-ägyptischen Konfliktes ausgearbeitet. Auch der irakische Ministerpräsident bemüht sich um eine Vermittlung.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufs zum „Heiligen Krieg“ gegen Großbritannien, den der „Rat der Weisen“ der Alashar-Universität in Kairo hatte, kam es im Hafen von Alexandria zu einem Ausstand. Die Hafenarbeiter weigerten sich, ein britisches Schiff, das nach Bombay gehen sollte, mit Baumwolle zu beladen. Der Streik breitete sich rasch aus, so daß schließlich alle Schiffe im Hafen boykottiert wurden...

Währenddessen bereitet man sich in Kairo und Alexandria für eine große Schweigedemonstration gegen Großbritannien vor, die am Dienstag und Mittwoch ablaufen soll. Während der Demonstrationen wird ein begrenzter Generalstreik stattfinden. Die Regierung hat bekanntgegeben, daß sie jedem Ausbruch von Unruhen anlässlich der vorgesehenen Demonstrationen scharf entgegenzutreten werde. Ein ägyptischer Kraftwagen soll auf einer Straße bei Ismailia einen britischen Soldaten angeblich absichtlich überfahren haben...

Nahost-Kommando im Frühjahr
Die drei Westmächte und die Türkei sind...

wie aus Paris verlautet, entschlossen, das Nahost-Kommando bis spätestens im Frühjahr zu errichten. Es soll das Gebiet von der türkisch-sowjetischen Grenze bis zum Suez-Kanal umfassen und unter dem Oberbefehl eines türkischen Generals stehen. Das Hauptquartier soll zunächst auf Cypern seinen Sitz aufschlagen, da die Suez-Kanal-Zone im Hinblick auf den Konflikt mit Ägypten nicht als dafür geeigneter Ort betrachtet wird...

Die in Paris anwesenden Politiker der arabischen Staaten traten zu einer Sitzung zusammen, um darüber zu beraten, ob sie Ägypten im Konflikt mit Großbritannien unterstützen und jede Zusammenarbeit mit den Westmächten ablehnen oder ob sie mit den Westmächten zusammenarbeiten sollen. Dazu verlautet, daß die Stellungnahme der einzelnen arabischen Staaten nicht einheitlich sei. Amhmed Azmi Bey, der Sprecher der ägyptischen Delegation, erklärte dagegen, es sei nicht wahr, daß zwischen den arabischen Staaten Uneinigkeit herrsche...

In Neapel wurde im Beisein des italienischen Arbeitsministers Rubiacchi der erste Kongreß des christlich-demokratischen Gewerkschaftsbundes (CLSL) eröffnet.

VOM TAGE

Weitere deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien sollen nach einer Mitteilung des jugoslawischen Presseattachés in Bonn noch vor Weihnachten entlassen werden.

Neun deutsche Wissenschaftler unter Führung von Professor Hahn nehmen zur Zeit in London an einer Konferenz von zwölf OEEC-Staaten teil, deren Zweck die Förderung der industriellen Forschung ist.

Musiker des Bayerischen Rundfunks unter Stabführung von Professor Jochum brachten dem Papst in Castelgandolfo ein Mozart-Konzert dar.

Prinzessin Elisabeth und der Herzog von Edinburgh haben nach fünfwöchigem Aufenthalt in Kanada und den USA die Rückreise nach England angetreten.

Die sowjetische Kontrollkommission in Berlin soll nach Mitteilung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände weitere 112.000 DM-West zur Unterstützung von Streiks in norddeutschen Häfen übersandt haben.

Auf dem Obersalzberg wird am Dienstag mit der Abtragung der dort noch stehenden Gebäude begonnen. Ein starkes Polizeiaufgebot soll Andenkensammler fernhalten.

Der Prager Verteidigungsminister Cepicka, Schwiegerson des Staatspräsidenten Gottwald, trat bei der sowjetischen Revolutionsfeier in der Uniform eines russischen Luftmarschalls auf.

Bonn beriet Interzonenhandel

Neue Schritte des Westens zur Sicherstellung des von den Sowjets behinderten Berliner Warenverkehrs und die künftige Regelung des Interzonenhandels wurden von leitenden deutschen und alliierten Politikern in Bonn erörtert. Eine endgültige Entscheidung über die erzwungenen Maßnahmen soll in Kürze erfolgen. Nach Angaben aus unterrichteten Kreisen scheint die Absicht zu bestehen, so lange von einer Fortführung aller westdeutschen Lieferungen abzusehen, bis die Sowjetzonen-Behörden die Beschränkungen für den Westberliner Warenverkehr aufheben.

Rückkehr zur Liberalisierung

OEEC empfiehlt 1. Januar 1952 als Termin
Die Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) beschloß, der Bundesrepublik die Rückkehr zur Liberalisierung ihres Außenhandels mit Wirkung vom 1. Januar 1952 zu empfehlen. Der Rat der OEEC stehe in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung und im Hinblick auf die günstige Entwicklung der deutschen Exporte innerhalb des OEEC-Raumes auf dem Standpunkt, daß für die Bundesrepublik jetzt der Zeitpunkt für die Liberalisierung gekommen sei. Vor dem 1. Januar 1952 werde die Bundesregierung jedoch in einem großzügigeren Umfang als bisher Importlizenzen ausgeben. Die OEEC halte es daher nicht mehr für notwendig, die Bundesrepublik an die strenge Einhaltung der ihr im Frühjahr 1951 auferlegten monatlichen Importquoten zu binden. Die OEEC habe vorgeschlagen, die deutschen Einfuhren aus dem OEEC-Raum mindestens zu 10, möglichst aber bis zu 60 Prozent zu liberalisieren. Deutschland werde jetzt hinsichtlich des Liberalisierungs-Kodex die gleichen Rechte haben und denselben Verpflichtungen unterworfen sein wie alle übrigen Mitglieder der OEEC. Einzelheiten der deutschen Liberalisierungsliste würden gegenwärtig in Bonn ausgearbeitet. Diese würden wahrscheinlich noch in der ersten Hälfte dieses Monats vorgelegt werden.

Freie Bahn für US-Kapital verlangt

Entscheidung des Außenhandelsrates
Der amerikanische Außenhandelsrat hat eine Entschlieung angenommen, in der die US-Regierung aufgefordert wird, die Gewährung weiterer Auslandshilfen davon abhängig zu machen, daß die Empfängerländer alle Voraussetzungen für eine ungehinderte Investierung amerikanischen Privatkapitals schaffen. In der Resolution, die von 2000 Exporteuren, Industriellen und Bankiers angenommen wurde, heißt es unter anderem: Die amerikanische Regierung solle ihre Hilfe in den Fällen einstellen, in denen sich die Empfängerländer nur widerwillig bereit finden oder offen weigern, ein „politisches und wirtschaftliches Klima“ zu schaffen, das das Einströmen von Privatkapital für produktive Investitionszwecke fördert. Die USA seien berechtigt, für ihre dem Ausland zur Verfügung gestellten Gelder konkrete Ergebnisse zu fordern. Die Regierung soll bei jeder einer ausländischen Regierung gewährten Hilfe, einschließlich der militärischen, nach dem Grundsatz „quid pro quo“ verfahren. Angesichts des großen Beitrages, den die USA für die gemeinsame Sache leisten, sollte keine Nation sich weigern, Verpflichtungen zu übernehmen, die für die Erfüllung der gemeinsamen Aufgabe wichtig seien.

Großer Export-Erfolg der IFMA

Fahrräder und Motorroller sehr gefragt
Die Internationale Fahrrad- und Motorroller-Ausstellung (IFMA) in Frankfurt schloß nach schätziger Dauer ihre Pforten. Rund 30.000 Besucher, darunter annähernd 2000 Einkäufer aus 16 europäischen und 28 überseeischen Ländern, ergaben dazu bei, daß die Zweiradmesse als voller Erfolg bezeichnet werden kann. Nach den Angaben der Messeleitung war die Beteiligung ausländischer Einkäufer am Gesamtumsatz der Zweirad-Ausstellung bemerkenswert. Danach haben die Exporterlöse teilweise die Höhe der Inlandumsätze erreicht und bei einigen Erzeugnissen sogar überschritten. Bei Motorrollern ist der Exportanteil an der Produktion im Laufe der IFMA um rund 10 Prozent gestiegen. Bei Fahrrädern konnte eine 20prozentige Steigerung der normalen Exportquote erreicht werden. Die Hersteller von Motorrollern konnten durchschnittlich 60 Prozent ihrer Fahrzeuge exportieren. Die für das Ausland speziell konstruierten Fahrrad-Modelle schwedischer, britischer und amerikanischer Art, aber auch Transport- und Lastenräder, erzielten teilweise so hohe Exportaufträge, daß sich die Herstellerwerke zur Erhöhung ihrer Produktion und Verlängerung der Lieferfristen entschließen mußten.

Die Weltbank hat Island eine Anleihe in Höhe von einer Million Dollar gewährt. Die Mittel sollen in erster Linie für ein landwirtschaftliches Förderungsprogramm verwendet werden.

Mus der Stadt Eettingen

Weihnachtspakete für die Kriegsgefangenen

Mit Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes wandten sich zahlreiche Fürsorgeverbände mit der Bitte an die Bevölkerung, ihnen auch in diesem Jahr bei der Weihnachtspaketaktion für deutsche Kriegsgefangene behilflich zu sein...

Weihnachtsbeihilfen für Kriegspfer gefordert

Gegen den Beschluß des Bundeskabinetts, Ausgaben für weitere soziale Zwecke zu sperren, protestierte das Präsidium des Verbandes der Kriegspfer. Ein solcher Beschluß könne die Pflicht der Bundesregierung nicht aufheben...

Der gesamte Elternbeirat der Knabenschule

wird zu der ersten Elternversammlung am Donnerstag, 15. Nov., 20 Uhr in die Tiefbauerschule, 3. Stock, Zimmer 20, freundlich eingeladen.

Eine Klassenfamilie traf sich

Am Samstagabend trafen sich die Schulkameraden u. -kameradinnen d. Jahrg. 1892/93 im Gasth. z. „Engel“. Eine besondere Note erhielt dieses Treffen durch die Anwesenheit des ehemaligen Schulkameraden Josef Neumaier...

Unvorsichtigkeit bei Nachfahrt

In der Nacht vom Montag auf Dienstag gegen 2 Uhr ereignete sich beim „Deutschen Haus“ in der Pforzheimer-Straße ein Verkehrsunfall. Auf einem mit Holzstämmen beladenen Lastwagen fuhr ein aus Richtung Spinnerei kommender Personenwagen so heftig auf, daß der Lastwagen auf den Bürgersteig geschoben wurde...

Aus dem Bericht der Landespolizei für die Zeit vom 2. bis 8. November

Infolge nicht rechtzeitigen Anzeigens der Fahrtrichtungsänderung stieß auf der Bundesstraße 3 ein Pkw auf einen in gleicher Fahrtrichtung fahrenden Pkw auf, wobei Sachschaden entstand.

Wegen Forstwiderstandes werden sich zwei Personen aus Eettingen zu verantworten haben. Mehrere Personen mußten wegen Kuppelrei zur Anzeige gebracht werden.

Der Landespolizei in Linkenheim ist es gelungen drei Personen festzunehmen, die nach Entlassung aus dem Gefängnis in Offenburg sofort wieder Diebstähle, insbesondere Fahrraddiebstähle, begingen.

Verschiedene Personen werden sich wegen Nichtinhaltens der Preisvorschriften und wegen Zuwiderhandlungen gegen das Lebensmittelgesetz zu verantworten haben.

Düngemittel werden teurer

Die Düngemittel werden ab 1. Januar 1952 im Bundesgebiet teurer. Die Bundesbahn hat die bisherigen Tarife für Kalk- und Kali-Transporte, die von der allgemeinen Tarif-erhöhung vom 15. Oktober noch nicht betroffen worden waren, zum 1. Januar gekündigt...

Capitol

Die Capitol-Lichtspiele zeigen heute 20 Uhr nicht wie zurerst angekündigt den Film „La Traviata“, da die Beschaffenheit der Copie keine einwandfreie Vorführung zuläßt. Dafür läuft heute abend 20 Uhr „Mit Pinsel und Degen“.

Englische Kommunalarbeit

Der 1. Tag der Internationalen Woche in Eittingen

Seit Montagvormittag herrscht im Eittinger Rathaus eine internationale Atmosphäre. Zur Internationalen Kommunalpolitischen Woche sind Teilnehmer aus den Ländern gekommen, deren Fahnen den Marktplatz und den Ratssaal schmücken.

Der Leiter der Selbstverwaltungsschule Eittingen, Dr. Hagen, konnte bei der Eröffnung prominente Gäste begrüßen und dankte der Stadt, für die Bürgermeister MdL Rimmler den Willkommensgruß entbot.

Der erste Tag war der englischen Kommunalarbeit gewidmet. Als Berichterstatter war Oberstadtdirektor Kirk (Hemel-Hempstead) gewonnen worden, der auch die Rede seines am Erscheinen verhinderten Kollegen Schofield verlas.

Die Gemeinde und ihre Schule

Die Badische Lehrerschaft hat aus der leidvollen Geschichte ihres Standes gelernt

Als Vorsitzender des der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ angeschlossenen Bezirkslehrerverbandes Eittingen wende ich mich hiermit gegen die in der „Eittinger Zeitung“ Nr. 254 vom 30. 10. 51 lautgewordene Stimme, die für einen stärkeren Einfluß der Gemeinden auf die Schule, insbesondere bei der Lehrstellenbesetzung, eintritt.

Die Schweiz zum Beweis für die Berechtigung noch weitergehender Wünsche heranzuziehen, halte ich für unangebracht. Unser Schweizer Nachbar unterscheidet sich noch in vielen Dingen von uns, bestimmt ist aber in der dortigen Verwaltung ebensowenig alles gut, wie bei uns alles schlecht ist.

„Es litt aber namentlich die Verwaltungen der kleineren Gemeinden unter dem Mißstande, daß sie ohne genügenden Kassenvorrat wirtschaften und sich mehr nur auf die zufällig eingehenden Einnahmen verlassen mußten.“

Derlei Vorkommnisse liegen nicht etwa Jahrhunderte zurück. Die ältesten Angehörigen des Lehrstandes (beispielsweise der in Eittingen wohnhafte Oberlehrer I. R. Anton Heimberger, der im Jahre 1883 in den Schuldienst eintrat) haben die beschämende Behandlung noch griebt. Siehe hierzu Kimmelman, Seite 173, wo er heißt:

renhalber auf sechs Jahre als „alderman“, um auch in Zeiten politischen Wandels ein Element der Stetigkeit und Erfahrung zu haben. H. Günther (Freunde der Selbstverwaltung) erhielt Auskunft über den Unterschied zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungen sowie das Verhältnis zur Presse, das etwa wie bei uns gehandhabt wird.

Im Wohnungsbau unterscheidet sich, wie aus dem sehr aufschlußreichen Referat von Mr. Kirk zu entnehmen war, England sehr stark von Deutschland. Von den über eine Million Wohnungen, die seit 1945 gebaut wurden, ist der größte Teil im Besitz der Gemeinden, die vom Staat Zuschüsse erhalten.

In einem weiteren Referat zeigte Mr. Kirk die Entwicklung Englands zum Wohlfahrtsstaat. Die meisten Krankenhäuser, aber auch Apotheken und Ärzte sind staatlich. Die Vor- und Nachteile dieses Systems, das in Deutschland von den Ärzten meist abgelehnt wird, wurden eingehend erörtert, so daß die von Dr. Hagen geleitete Diskussion auch bei diesem Thema sehr anregend verlief.

Am heutigen Dienstag wird die amerikanische Kommunalarbeit behandelt. Außerdem werden die Teilnehmer von der Stadt Eittingen empfangen. Am Mittwoch werden prominente Kommunalpolitiker aus Frankreich sprechen, nämlich um 9 Uhr Bürgermeister J. de Monigaon, Vizepräsident der Bürgermeister-Vereinigung für deutsch-französische Verständigung, um 15 Uhr Minister Poher und um 20 Uhr Kreisdelegierter Wolf (Rastatt) und Bürgermeister Martin.

„In der 61. Sitzung des Landtages vom 10. Juli 1888 hatte der Abgeordnete Pieser erklärt: „Die Schule ist zweifellos nach den Grundsätzen dieses Gesetzes eine Gemeindeanstalt, und zwar nicht nur förmlich, sondern tatsächlich. Demgegenüber ist es unzulässig, den Lehrern die Beamtenrechte zu verleihen.“

Mehr Recht für die Selbstverwaltung Dieser Stellungnahme des Bezirksverbandes Eittingen im Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen haben wir ungekirzt Raum gegeben, um zur weiteren Diskussion anzuregen. Die stärkere Bindung des Schulwesens an die Gemeinde ist kein Rückschritt zu früheren Mißständen, sondern ein unentbehrlicher Bestandteil echter Selbstverwaltung.

Forderungen der Handwerkskammern

Die Vollversammlung der Vereinigung deutscher Handwerkskammern, an der die Präsidenten der 46 Handwerkskammern der Bundesrepublik teilnahmen und die in Personalunion mit dem Zentralverband des deutschen Handwerkes verbunden ist, forderte die beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes über die Handwerksordnung. In einer weiteren Entscheidung wird die Sicherstellung der Mitwirkung der Gesellen in der Selbstverwaltungsorganisation des Handwerkes gefordert.

tiven Beitrag zur Sicherung eines gesunden Aufbaues von Wirtschaft und Volk.

Bereins-Nachrichten

Schwarzwaldderlei Eittingen

Samstag, 17. Nov., Hüttenabend im Wanderheim Galstal. Anmeldungen zur Übernachtung werden im Jugendheim am kommenden Mittwoch, 14. Nov., ab 20 Uhr entgegengenommen.

Der Rassegeflügelzuchtverein trifft sich

am Freitag, 16. Nov., 20 Uhr, zusammen mit der angeschlossenen Jugendgruppe zur Monatsversammlung im Gasthaus zum „Löwen“. In dieser Versammlung hält Zuchtwart Heinrich Walschburger den zweiten Vortrag über „Rassegeflügelzucht und Kennzeichnung der verschiedenen Rassen“.

Die Berufsgruppe der Werkmeister und Techniker

in der DAG hielt am Sonntag ihre Monatsversammlung im Gasthaus Neurod ab. Landesberufsgruppensekretär Wagner (Stuttgart) und Gewerkschaftssekretär Siebert (Karlsruhe) waren zur Versammlung erschienen. Koll. Ehlers (Eittingen) eröffnete die Zusammenkunft und beglückwünschte Koll. Wagner zu seinem 50. Gewerkschaftsjubiläum.

Mus dem Albgau

Herrenalb

Herrenalb. Die Leitung der Evangelischen Akademie in Herrenalb hat Studiendirektor Schomerus übernommen. (148)

Schöllbronn

Wünsche der Postfachgäste

Schöllbronn. Die seit Wochen von den Fahrteilnehmern der Omnibuslinie Schöllbronn-Eittingen erwartete Versammlung, die über die am 1. Okt. ergangene Fahrpreiserhöhung Aufschluß geben sollte und nun nach langem Aufschub vermindert gestern abend stattfinden sollte, hat dahingehend eine Änderung hinnehmen müssen, daß diese in einer Gemeinderatsitzung umgeändert und hierbei mit den Vertretern der Kraftpost verhandelt wurde.

Vortrag über Palästina

Morgen Mittwochabend 8 Uhr spricht im Rahmen der Volkshochschule hier in der „Sonne“ Prof. Paulsen über Palästina. Da der Vortrag sehr interessant sein dürfte, ist ein guter Besuch zu wünschen.

Böltersbach meldet

Böltersbach. Am Sonntag gegen 13 Uhr erlöste plötzlich die Feuersirene. Schon nach wenigen Minuten traf die Freiw. Feuerwehr an der Brandstelle ein. Das Ökonomiegebäude des Anwesens Karl Daum, Straßenswart-Witwe, stand in heißen Flammen. Es gelang der Feuerwehr schon nach kurzer Zeit mit fünf C-Rohren den Brand einzudämmen.

Forchheim meldet

Brand in der Möbelfabrik Thome

Aus bisher noch ungeklärter Ursache brach gestern abend in der Forchheimer Möbelfabrik Gebr. Thome GmbH. ein Brand aus, dem das Kesselhaus und ein Teil des Fournierlagers zum Opfer fielen. Das Feuer, zu dessen Bekämpfung die Karlsruher Berufsfeuerwehr und die Forchheimer Freiw. Feuerwehr eingesetzt war, verursachte einen Sachschaden von über 50 000 DM.

Sport-Nachrichten der EZ Von der Mietskaserne zur Eigenwohnung

TSV Bulach — TuS Eßlingen 7:12 (4:3)

Mit diesem schönen Erfolg haben die Handballer des TuS die Vorrunde beendet und sich den 2. Tabellenplatz gesichert. Es war ein faires Spiel beider Mannschaften, das Eßlingen auf Grund der besseren Leistungen in der 2. Halbzeit verdient gewann. Obwohl der Sturm infolge von Erkrankungen umgestellt werden mußte, zeigte er ein gut harmonisierendes Zusammenspiel, bei dem dieses Mal auch nicht der Einsatz und der Drang zum Tor mit anschließendem Torschuß vermied wurde. Die Hintermannschaft, anfangs noch etwas unsicher, erlangte bei fortschreitender Spielzeit ihre gewohnte Sicherheit und war dann voll auf der Höhe. Bei Halbzeit sah es noch keineswegs nach diesem hohen Erfolg der Gäste aus, denn zunächst hatte der Gastgeber mehr vom Spiel und ging auch mit einer knappen 4:3-Führung in die Pause. Nach dem Wiederanpfiff war die Eßlinger Mannschaft jedoch wie umgewandelt. Unwiderstehlich berannte sie das Bulacher Tor; diesem Spiel war der Gegner nicht mehr gewachsen und mußte schließlich kapitulieren.

Der Beginn war für Eßlingen viel versprechend. Nach 5 Min. stand es bereits 2:0. Bulach ließ sich jedoch nicht entmutigen und verstand es, sich eine leichte Feldüberlegenheit herauszuspielen, die in der Halbzeitführung von 4:3 richtig ihren Ausdruck findet. Als dem Gastgeber kurz nach Wiederbeginn ein 5. Tor gelang, sah es für die Gäste nicht sehr rosig aus, zumal noch ein 13-m-Ball das 6:3 hätte bringen können. Zum Glück ging der Ball an den Pfosten. Dies war die Wendung. Von nun an spielte nur noch Eßlingen. In regelmäßigen Abständen fielen noch 9 Tore, während Bulach noch 2mal erfolgreich war.

Das Spiel wurde von Schiedsrichter Hofheinz (Polizeisportverein) vorbildlich geleitet. Auch die Jugend konnte ihre Erfolgsserie mit einem 9:7-Sieg fortsetzen und ebenfalls den 2. Tabellenplatz halten. Für sie ist die Vorrunde nunmehr auch beendet.

Die II. Mannschaften trennten sich 5:2 für Eßlingen.

Tabellenstand der 1. Amateurliga

1. Friedriehsdorf	11	23:10	17:5
2. SV Schwetzingen	11	32:17	17:5
3. FV Daxlanden	11	30:16	14:8
4. Amic. Viernheim	11	21:27	13:9
5. Phönix Karlsruhe	10	16:13	13:8
6. FV Hockenheim	11	30:23	13:10
7. KFV	11	23:24	13:10
8. Kirrlach	11	17:26	10:12
9. Germ. Brötzingen	10	16:17	9:11
10. FV Weinsheim	10	18:20	9:11
11. TSG Rohrbach	11	22:26	9:13
12. VfR Pforsheim	11	20:26	8:14
13. FG Rappurr	12	21:29	8:16
14. KSG Leimen	11	21:29	7:15
15. FC Birkenfeld	12	12:32	7:17

Die Quoten des Sport-Toto West/Süd

Gesamtaufkommen einschließlich Baugeld im 15. Wettbewerb: 5.399.363,30 DM. 12er-Wette: 1. Rang: 39 Gewinner je 16.889 DM, 2. Rang: 1018 Gewinner je 646,50 DM, 3. Rang: 12.286 Gewinner je 53,40 DM. 10er-Wette: 1. Rang: 103 Gewinner je 3017,80 DM, 2. Rang: 2162 Gewinner je 143,60 DM, 3. Rang: 20.943 Gewinner je 14,60 DM. Die Gewinne bis 500 DM sind endgültig, die übrigen erst nach der vorgeschriebenen Wartezeit. (Ohne Gewähr.)

Roth/Intra verteidigen die Spitze

Die schwizerisch-deutsche Mannschaft Jean Roth und Theo Intra übernahmen die Spitze im Hannoverischen Sechstager-Rennen und konnten sie erfolgreich verteidigen. Sie führen vor dem „Sechstager-König“ Gustav Kilian und seinem Partner Lucien Gillen. Eine Runde zurück: 3. Kolbeck/Ziege (Deutschland) 49 Punkte; zwei Runden zurück: 4. Kübler/Saager (Schweiz-Deutschland) 111 P., 5. Plattner/Knoke (Schweiz-Deutschland) 99 P., 6. Hörmann/Schorn (Deutschland) 76 P., 7. Jacoponelli/Kaune (Frankreich-Deutschland) 73 P., 8. Vooren/Boeyen (Holland) 19 P.; drei Runden zurück: Nothdurft/Theisen (Deutschland) 87 P., 10. Strom/Arnold (Australien) 52 P.; vier Runden zurück: 11. Schär/Zoll (Schweiz-Deutschland) 64 P., 12. Siefert-Holthöfer (Deutschland) 47 P.; sechs Runden zurück: 13. de Sant/Mlady (Italien-Deutschland) 85 P.

Weltmeisterschaftslauf doch auf der Solitude

Die Solitude, die bereits für 1952 als Weltmeisterschaftsstrecke für Motorräder ausgeschieden zu sein schien, hat den Wettkampf mit dem Nürburgring doch gewonnen. In einer Besprechung in Offenbach am Main zwischen dem ADAC und DMV, an der die Herren Köther (ADAC), Schumann (ADAC), Vorster (DMV) und Wedekind (DMV) teilgenommen haben, wurde vereinbart, daß der von der FIM als Weltmeisterschaftslauf bestimmte Preis von Deutschland für Motorräder gemeinsam von ADAC und DMV am 20. Juli 1952 auf der Solitude-Rennstrecke bei Stuttgart durchgeführt wird.

Beilagenhinweis

Unserer heutigen Ausgabe liegen WB Totoscheine bei. (3946)

15 Großbaustellen in Südwestdeutschland - Das Ziel der ECA-Mission

Das Wohnungselend im Bundesgebiet ist eine Folge des Verlustes von rund 2,5 Millionen Wohnungen durch Kriegseinwirkungen, und durch den Zustrom von etwa 10 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen ist eines der schwersten Probleme unserer Zeit. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist, kann nur durch besondere Maßnahmen in zufriedenstellender Weise bewältigt werden. Die ECA-Mission in Deutschland hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wohnungsbau einen neuartigen Versuch gestartet, dem eine besondere Bedeutung zukommt. In 15 Städten des Bundesgebietes, so in Mannheim, Freiburg, Stuttgart und Reutlingen, wurden insgesamt 37,5 Millionen DM in Form von Gegenwertmitteln aus dem Marshallplan zur Verfügung gestellt. Die neu zu errichtenden Wohnbauten laufen unter der Bezeichnung „Entwicklungsbauten“, d.h., es handelt sich hier nicht um die Erstellung von Wohnbauten üblicher Art, sondern um ein großes Programm zur Realisierung neuer technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen. Im allgemeinen sollen menschenwürdige, billige Bauten in der zweckmäßigen Zusammenarbeitung von Baufrüher, Architekt und Bauunternehmer nach dem in Amerika bereits erprobten „Team-Work“ (Zusammenarbeit gleichberechtigter, vertrauensvoller und zielstrebigere Männer aus den verschiedenen Berufsgruppen der Bauwirtschaft) errichtet werden.

Wohnungsmieten zwischen 48 und 54 DM

Verschiedene wichtige Punkte müssen bei der Errichtung dieser Entwicklungsbauten beachtet werden. Der Wohnungsinhaber und spätere Besitzer hat seine besonderen Wünsche. Die Wohnung muß geräumig, praktisch und gemütlich sein. Diese ersten Wünsche zu erfüllen, ist bereits ein schwerwiegendes Problem bei einer Großbaustelle mit 150 bis 250 Wohnungen. Es wird hier in den einzelnen Städten — etwa in Freiburg, Mannheim oder Stuttgart — nicht nach einem starren System gebaut, sondern man richtet sich weitgehend in der Art, Zahl und Größe der einzelnen Wohnungen jeweils nach dem örtlichen Wohnungsbedarf auf Grund der Statistiken der städtischen Wohnungsämter, so daß z.B. im Verhältnis der Kopfzahl der einzelnen Familien die Größe der Wohnfläche bestimmt wird. Die Errungenschaften der modernsten Bautechnik in Bezug etwa auf Schall- und Wärmeschutz werden weitgehend verwertet. Die so entstehenden Wohnungen und Einfamilienhäuser sollen nach Fertigstellung und

bezug möglichst bald an die Bewohner kauslich vergeben werden. Der Mietspreis für eine 2-Zimmerwohnung soll nach den Berechnungen des Bauträgers in Stuttgart etwa 48 DM und für eine 2½-Zimmerwohnung 54 DM betragen. Der Mieter soll in die Lage versetzt werden, bereits nach einem Jahr Besitzer seiner Wohnung zu werden.

Neue Wege im Wohnungsbau

Dadurch daß im freien Wettbewerb die ECA-Entwicklungsbauten vergeben werden, sind die Möglichkeiten gegeben, Anregungen aus den Fachkreisen auszuwerten und zur Ausführung zu bringen. Neue Wege im Wohnungsbau können begangen werden. Am meisten Wert wird auf die Zweckmäßigkeit und billige Erstellungskosten gelegt. Der schönste Wohnungstyp ist nicht ausführungswert, wenn er nicht auf beste durchkonstruiert und aufs schärfste durchkalkuliert ist. Andererseits: die wirtschaftliche Grundstücks- und Wohnungsberechnung verfehlt ihren letzten Sinn, wenn nicht die Wohnungen, die Baukörper und die Freiräume, Schönheit der Proportionen und des Lichts, Gesundheit und Lebensfreude schenken, aber ebenso wenig, wenn sie nicht warm, nicht schalldicht und dem täglichen Leben der Familie auf beschränktem Raum nicht angepaßt sind.

Das ernsthafte Bemühen der ECA-Mission, des Bundesministeriums für Wohnungsbau und der Stadtverwaltungen hier rasch, zweckmäßig und bei Vermeidung übersteigerter Kosten in der Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen wird belohnt, was die gegenwärtige Ausstellung der Entwürfe für die ECA-Entwicklungsbauten in Stuttgart beweist. Wir können feststellen, daß die nunmehr allenthalben anlaufenden Entwicklungsbauten einen hoffnungsvollen Auftakt zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues bilden. Besonders zu begrüßen ist es, daß man bewußt von den Mietskasernen abweicht und durch das Bemühen, daß der Mieter auch Wohnungsbesitzer werden soll, bei der Anordnung der Räume ist sogar die Möglichkeit gegeben, innerhalb des Stockwerkes bauliche Veränderungen bzw. Ergänzungen vorzunehmen. Weitgehend wurde bei der Gestaltung darauf geachtet, daß auch genügend Nebenräume vorhanden sind.

Wohl stehen die ECA-Bauten noch am Anfang ihrer Entwicklung, doch die Aufgabenstellung und die erstmalige zielstrebige Zusammenfassung aller Zweige des Bauwesens gewährleisten den Erfolg.

Wirtschafts-Nachrichten

Erhard warnt vor Optimismus

Rationalisierungs-Kuratorium wählt Belrat — Verteidigungsbeitrag macht Sorgen

Das im Jahre 1950 entstandene „Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW)“, das die Aufgabe hat, durch Förderung der Rationalisierung der Produktion und Fortentwicklung der deutschen Volkswirtschaft in technischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zu dienen, wählte und bestätigte seinen aus 48 Mitgliedern bestehenden Beirat. Dieser setzt sich aus je zwölf Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaft, der öffentlichen Verwaltung und Behörden sowie der Wissenschaft zusammen. Bundeswirtschaftsminister Erhard warnte auf der Mitgliederversammlung des RKW davor, sich auf Grund der bisherigen wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik einem „voreiligen Optimismus“ für die Zukunft hinzugeben. Die deutsche Wirtschaft habe jedoch eine große Chance, ihr eigenes Geschick und das Schicksal des deutschen Volkes zu meistern: erneute Leistungssteigerung durch rationellere Arbeiten, Verstärkung des freien Wettbewerbs, Schaffung eines höheren Sozialproduktes sowie Steigerung der Produktion von Gütern des gehobenen Bedarfs. Erhard sagte, die deutsche Wirtschaft könne für die nächste Zeit nicht mehr mit schnellen und billigen Erfolgen auf dem Weltmarkt rechnen. Nach ihren relativ guten Anfangserfolgen in den ersten Nachkriegsjahren sehe sich Westdeutschlands Wirtschaft jetzt einer „bewussten ausländischen Konkurrenz“ gegenüber. Dieser Konkurrenz könnten nur die Qualität und vor allem die Besonderheiten der deutschen Erzeugnisse entgegenzusetzen werden.

Zum Verteidigungsbeitrag sagte Erhard: „Wir hoffen, daß er sich in Größenanlagen bewegen wird, die unsere Volkswirtschaft nicht erschüttert.“ Die Lösung des aus einem Verteidigungsbeitrag entstehenden Problems könne nur in einer Abweigung der benötigten Kräfte an Arbeit und Rohstoffen bei gleichzeitiger Leistungssteigerung liegen. Die Bundesrepublik sei nicht in der Lage, den Verteidigungsbeitrag aus ihrem jetzigen Sozialprodukt von 160 Milliarden DM zu finanzieren. Sobald man ihr Sozialprodukt auch nur um zehn Milliarden DM verringere, werde sie einer belagerten Festung gleichen, in der nur noch mit Maßstäben der primitivsten Bedarfsdeckung gerechnet werden könne. Abschließend regte der Bundeswirtschaftsminister an, durch gewisse Anreizvergünstigungen für besondere Leistungen in der Wirtschaft einen Anreiz zur Erhöhung der Produktion zu bieten.

Schäffer will Notopfer abschaffen

Fester Bundeszuschuß für Berlin

Im ersten Nachtrag für den Bundeshaushalt sieht der Bundesfinanzminister einen festen Bundeszuschuß für Berlin in Höhe von 500 Millionen DM vor. Ursprünglich waren hierfür nur 400 Millionen DM veranschlagt. Schäffer spricht in einem Schreiben an den Berliner Bürgermeister Reuter die Hoffnung aus, daß er die Abgabe „Notopfer Berlin“ nur noch bis zum Ende des Kalenderjahres 1952 zu erheben brauche. Bei der Festsetzung des Bundeszuschusses habe er, Schäffer, sich von dem Bestreben leiten lassen, die Haushaltswirtschaft des Landes Berlin nunmehr auf eine feste und übersichtbare Grundlage zu stellen und dem Senat des Landes Berlin die Möglichkeit zu eröffnen, finanziell planmäßig zu disponieren und sich mit ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einzurichten.

Riesling besser als im Vorjahr

Wie Weinbau-Inspektor Bergheimer mitteilte, hat die Witterung die Reife der Trauben in Mittelbaden so begünstigt, daß jetzt die Edelreife eingetreten ist. Bei den Trauben wurden Mostgewichte um 90 Grad Ochsle gemessen. Die Riesling-Weine dürften daher in diesem Jahre besser werden als im Vorjahr.

Mehr Auftragseingänge im September

Die sich bereits im August abzeichnende Wiederbelebung des Auftragsverkehrs in der Industrie hat sich im September verstärkt fortgesetzt, wie aus dem September-Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums hervorgeht. Im Berichtsmonat seien die Neuaufträge um 18,4% angestiegen. Auch die Umsätze haben dem Wirtschaftsbereich zufolge angezogen. Wertmäßig liege der Umsatzindex mit 190 Punkten jetzt höher als die bisherige Spitze vom April dieses Jahres. Nach Ausschaltung der Preiserhöhung bleibe jedoch der Index für das Umsatzvolumen trotz rund zehnprozentiger Steigerung im September mit 158 Punkten noch hinter der früheren Spitze vom November vorigen Jahres (163 Punkte) zurück.

Die betriebliche Altersfürsorge

Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes

Auf die Gefährdung der betrieblichen Altersfürsorge durch das im Entwurf vorliegende Gesetz über die steuerliche Behandlung von Zuwendungen an betriebliche Pensions- und Unterstützungskassen wies die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in einem Memorandum hin. Nachdem der steuerfreie Betrag der Zuwendungen im Jahre 1944 auf zehn Prozent der Lohn- und Gehaltssummen herabgesetzt wurde, habe die in ihrer Rechtsgültigkeit umstrittene Verordnung des Bundesfinanzministers vom 1. Dezember 1950 eine weitere Herabsetzung auf fünf Prozent zur Folge gehabt. Der gleiche Staat, der für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung seiner Beamten und Angestellten annähernd 30 Prozent der Lohn- und Gehaltssummen jährlich aufwende, wolle es den betrieblichen Versorgungseinrichtungen nicht gestatten, mehr als fünf Prozent der jährlichen Lohn- und Gehaltssummen anzusammeln.

Die Milcherzeugung steigt

Statistik der gewerblichen Schlachtungen

Im Bundesgebiet lag die Milcherzeugung im September mit rund 1.200.000 Tonnen um fast 3 Prozent über dem Ergebnis des gleichen Monats im letzten Jahr. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter als im Berichtsmonat 10.600 Gebälge von der Maul- und Klauenseuche befallen waren. Auf den Tag umgerechnet, war die Milcherzeugung jedoch im September um fast 7 Prozent niedriger als im August. Der Milchtrag je Kuh und Tag betrug nämlich im September 7,3 Kilogramm. Er lag damit um 4 Prozent über dem September-Ertrag 1950 und um 9 Prozent über dem September-Durchschnitt der Jahre 1937/39.

Wie das Statistische Bundesamt ferner bekanntgab, wurden im September 1951, auf den Tag umgerechnet, 3% mehr Rinder und 1% weniger Schweine für die gewerbliche Schlachtung angeliefert als im Vormonat. In einzelnen wurden 175.000 Rinder (August: 175.000), 143.000 Kalber (173.000), 683.000 Schweine (713.000) und 54.000 Schafe (56.000) gewerblich geschlachtet. Aus Dänemark wurden 10.000 Rinder (August 10.000) mit einem Schlachtgewicht von insgesamt 2600 t (7700 t) importiert. 200 Schweine wurden nicht eingeführt.

Lehrinstitut für Sparkassen-Nachwuchs

Unter der Leitung des derzeitigen Direktors der Universität Köln, Professor Dr. Wessela, wird am 2. November 1951 das „Lehrinstitut für Sparkassen, Sparkassen- und Kreditwesen“ mit dem Sitz in Köln, Gertrudenstraße 6-8, wieder eröffnet. Dieses Lehrinstitut ist eine Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. und vermittelt in einem zweisemestrigen Lehrgang die zur Bekleidung leitender Stellen im neuzeitlichen Sparkassen- und kommunalen Bankwesen erforderlichen wissenschaftlich vertieften Fachkenntnisse.

Moskau steigt ins Japan-Geschäft

Die Sowjetunion habe Japan billige Kohle, Eisenröhren, Rohbaumwolle und Petroleum im Austausch gegen Textilien, Automobile und Erzeugnisse der Leichtindustrie angeboten, berichtete die offizielle japanische Nachrichtenagentur „Kyodo“. Ihr zufolge sollen zwei Mitglieder der sowjetischen Mission in Tokio überraschend das Parlamentsgesetz aufgesucht und dort mit einer größeren Gruppe japanischer Abgeordneter über die Möglichkeiten des sowjetisch-japanischen Handelsverkehrs gesprochen haben.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 12. 11.

Auftrieb: 448 Großvieh, 275 Kalber, 141 Schafe, 1828 Schweine, Ochsen A 160-108, B 92-89, C 84-81; Bullen A 163-158, B 95-102; Kühe A 76 bis 72, B 68-71, C 58-67, D 54; Färsen A 102-116, B 92-100; Kalber A 147-133, B 133-144, C 117 bis 126, D 108; Schafe 85; Schweine A 140-142, B 140-145, B 2 138-143, C 135-142, D 130-140, G 1 125-132, G 2 118-124. Marktverlauf: Großvieh langsam, ausverkauft. Kalber mittel, ausverkauft. Schweine schleppend, Überstand. Speckschweine über Notiz.

Wettervorhersage

Dienstag und Mittwoch wechselnd, zeitweise stärker bewölkt und gelegentlich kurz dauernde Regenfälle. Tageshöchsttemperaturen in der Nähe von 10 Grad. Kein Nachtfrost. Südwestliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uh.): +9°

Rheinwasserstand am 12. 11.: Konstanz 281 (+4)

Rheinfeiden — (-) Breisach 146 (+31)
Straßburg: 205 (+5) Maxau 356 (-2)
Mannheim 199 (-1) Caub 130 (+2)

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Neckarraum. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Eßlingen, Schöllbrunnstraße 5, Telefon 187.

Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 717

Für die uns anlässlich unserer Vermählung übermittelten Glückwünsche u. Geschenke sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.
Rudi Müller u. Frau
Herta, geb. Wächter
Eßlingen, November 1951

VERSCHIEDENES

Kopfschuppen Kopfsucken Haarzustand
beseitigt überraschend die Otive-Methode. Nur erhältlich Friseurgeschäft Georg Jäger, Eßlingen, Rheinstraße 26

Schlaflosigkeit zerrüttet Ihre Nerven
Schlafloser wird der Tag zur Qual u. die Nacht zur Hölle; Sie sind reizbar, nervös, sich u. andern im Wege, leiden unter Hemmungen, sind erfolglos. Zu gesund, tiefem Schlaf, der Sie stärkt, erfrischt u. kräftigt, hilft Ihnen das rein pflanzliche, nährstoffreiche Nervenkräftelixir Suka.
Seit 35 Jahren bewährt.
Original-Flasche 2,85
Badenia-Drogerie
R. Chemnitz Leopoldstr.

CAPITOL Dienstag und Mittwoch je 20 Uhr
„Mit Pinsel und Degen“
Ein lustiger Film der sich am Hofe Ludwig des XV., König von Frankreich abspielt

ULI Dienstag und Mittwoch je 18.15 und 20.30 Uhr
Gary Cooper „In die Falle gelockt“
Ein erregender Wild-West-Film aus dem Texas, wie es wirklich war

STADT.BEKANNTMACHUNGEN

Das Stammholzschieben im Stadtwald Eßlingen wird vergeben. Interessenten wollen sich zwecks Entgegennahme der erforderlichen Unterlagen bis Mittwoch, den 14. 11. 51, nachmittags 17 Uhr bei der Waldmeisterei (Schloß) melden.
Eßlingen, den 13. November 1951. Der Bürgermeister

Das höchste Ziel
jeder Hausfrau ist ein schöner Holzfußboden. Dies erreicht man ganz einfach durch KINESSA-Holzbalmsam, welcher wie Bohnerwachs aufgetragen wird. Nach kurzer Zeit glänzen und der Boden strahlt in wunderschöner Farbe. Alte Böden werden wie neu mit

KINESSA HOLZBALMSAM
Verkaufsdirektor
Badenia-Drogerie
Leopoldstr. 7 Telefon 290

Zwei amerikan. Soldaten suchen für sich und ihre Ehefrauen (Ankunft von Amerika am 3. Jan. 1952) in Eßlingen für unbestimmte Zeit je ein oder zwei gut möblierte
Zimmer
mit Koehgelegenheit. Angebote unter Nr. 3944 an die Eßlinger Zeitung

Gasthaus z. Rose
Vorübergehend geschlossen
ADOLF VOGEL

Umfchau in Karlsruhe

Vorläufig kein Impfzwang mehr

Karlsruhe (ld). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird sich in absehbarer Zeit mit der Frage zu beschäftigen haben, ob der Impfzwang mit dem Bonner Grundgesetz vereinbar ist oder nicht. Dieses Verfahren ist die Folge einer Auseinandersetzung zwischen einem renitenten Stuttgarter Vater und den dortigen Gerichten. Der Vater hatte sich geweigert, sein vierjähriges Töchterchen impfen zu lassen. Er war daraufhin verurteilt, das Urteil aber nach einem neuen Beschluß des Stuttgarter Friedensobergerichtes bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ausgesetzt worden. Bis zu dieser Entscheidung können Eltern entgegen der bisherigen Praxis nicht mehr bestraft werden, wenn sie ihre Kinder nicht impfen lassen wollen. Die „Arbeitsgemeinschaft der Volksgesundheitsbewegung e. V.“ hat schon seit Jahren die Auffassung vertreten, daß das alte Reichsimpfgesetz aus dem Jahre 1874 nicht mehr in dem Grundgesetz der Bundesrepublik enthaltene Garantie jedem Deutschen gegenüber auf Unversehrtheit und die persönliche Freiheit sichere. Darauf hatte der Verteidiger des streitbaren Stuttgarter Vaters hingewiesen.

2.215.000 Mark aus ERP-Mitteln

Karlsruhe (ld). Aus Gegenwertmitteln der zweiten ERP-Tranche wurden für Forschungsaufgaben in den Ländern Württemberg-Baden, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern insgesamt 2.215.000 DM zur Verfügung gestellt. Unter anderem erhielt die Materialprüfungsanstalt an der Technischen Hochschule Stuttgart 200.000 DM. Für das chemische, das physikalische und das physikalisch-chemische Institut an der Universität Freiburg wurden 108.000 DM freigegeben, die technische Holzforchung an der Technischen Hochschule Stuttgart wurde durch 100.000 DM gefördert. 140.000 DM wurden für das Institut für Siedlungswirtschaft und Wasserbau an der Technischen Hochschule Stuttgart und 400.000 Mark für das Institut für Hochspannung an der Technischen Hochschule Karlsruhe zur Verfügung gestellt. Die bewilligte Restsumme setzt sich aus kleineren Beträgen für verschiedene Institute an den Hochschulen und Universitäten in Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg und Tübingen zusammen.

Zentralstrafregister beim Bundesgerichtshof
Karlsruhe (lwb/ld). Das Bundesjustizministerium hat beauftragt, beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe ein Zentralstrafregister einzurichten. Der Haushaltsausschuß des Bundestags hat für diesen Zweck der Bereitstellung von 220.400 Mark zugestimmt.

Aus der badischen Heimat

„Bischt kohlearm, so lach dich warm!“
Mannheim (rp). Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der pfälzischen und badischen Karnevalsvereine, Willi Fleischmann (Speyer), versicherte anläßlich eines Presseempfangs in der Sekkellerei Schloß Wachenheim, daß zwischen „echten pfälzischen Faschingsfesten“ und den rheinischen Narrenfesten ein Unterschied bestehe, der beachtet und gepflegt werden müsse. Mit dem 11. 11. — dem traditionellen Karnevalsdatum — seien auch in der Pfalz und in Baden die Karnevals-Prinzen und -Prinzessinnen gewählt worden. Der Mannheimer Fasching zum Beispiel werde in diesem Jahr unter dem Motto „Bischt kohlearm, so lach dich warm“ stehen. Am 20. Januar sollte eine Zentralveranstaltung der pfälzischen und badischen Karnevalsvereine in Kaiserslautern stattfinden.

Weißes Reh geschossen
Tauberbischofsheim (swk). Der Gutsächter vom Gräffinger-Hof bei Schwein-

gern schoß in diesen Tagen ein Albino-Reh. Albinos sind Tiere, bei denen keine Pigmentbildung zustande kommt. Ihr Fell ist weiß bis silbergrau, die Augen schimmern rötlich. Sie bilden eine große Seitenheit.

Philippshurg erhielt Stadtrechte zurück
Philippshurg (swk). Die Gemeinde Philippshurg beging ihren Ehrenfest. Anläßlich der Wiedererleihung der Stadtrechte herrschte Hochbetrieb auf Straßen und Plätzen. Landesbezirkspräsident Dr. Unser-Karlsruhe nahm die offizielle Wiedererleihung der Stadtrechte nach einem kurzen Rückblick auf die wechselvolle Geschichte Philippshurgs im Laufe der Jahrhunderte vor. Seit 1935 führte Philippshurg nur noch den Charakter einer Gemeinde. Dr. Unser sagte u. a., er sehe in der Wiederbegründung der Stadtrechte dieser stehrwürdigen Gemeinde zugleich einen Akt der Wiedergutmachung erlittenen Unrechts. „Es wird in letzter Zeit so viel von der großen badischen Tradition gesprochen. Sie gibt es, und auf sie müssen wir alle uns heute besinnen: nämlich auf die beste badische Überlieferung, den Bundesgedanken über alles zu stellen und kein n wie immer gearteten Partikularismus Raum zu geben.“

Buchen. Unter dem Vorsitz des Eiferpräsidenten Pilatus I. ist in Buchen eine Faschingsgesellschaft gegründet worden, die die Faschingsveranstaltungen in Buchen vorbereiten will. Die Buchener Fastnacht hat eine 500jährige Tradition. (lwb)

Mosbach. Die Einrichtung einer Bundesanstalt zur Neuordnung des Güterfernverkehrs, sowie die Schaffung ähnlicher Gremien auf Landesebene für die Ordnung des Güternahverkehrs wurde von Vertretern der Gewerkschaften in Mosbach gefordert. (lwb)

Pforzheim. Der Landesjugendkongreß, der vom 15. bis 18. November in Pforzheim stattfinden sollte, mußte abgesagt werden, da zahlreiche Gäste aus dem Ausland zu diesem Zeitpunkt nicht nach Deutschland kommen können. (lwb)

Neue Proteste gegen Düsenjägerflugplatz
Rastatt (ld). Die Bürgermeister von Bietigheim und Durmersheim an den Staatspräsidenten und an die Bundesregierung dagegen protestiert, daß die badische Regierung beabsichtige, unter Umständen Gelände dieser Gemeinden für die Anlage eines Düsenjäger-Flugplatzes anzubieten, wenn dadurch der Bau eines solchen Platzes in Baden-Oos vermieden werden könne. Der Bau eines Flugplatzes im Bereich dieser Gemeinden, so stellten die Bürgermeister fest, würde aber die Wasserversorgung von Bietigheim und Durmersheim sowie der Stadt Karlsruhe gefährden. Die Bürgermeister weisen ferner darauf hin, daß durch einen Flugplatzbau fast der gesamte Waldbesitz der Gemeinden verloren gehen würde. Zudem würde Acker- und Gelande verschwinden, das sich zur Zeit ausschließlich im Besitz von Arbeiter-Bauern befindet.

Deutscher Rundfunkreporter in Persien
Baden-Baden (swk). Im Auftrag des Südwestfunks wird der Zeitfunk-Reporter Hans Scharfenberg eine Reise nach Persien antreten. In verschiedenen Teilen des Landes aufgenommene Gespräche, Berichte und Schilderungen, insbesondere von den Ölgebieten bei Abadan kommen zu gegebener Zeit im Rahmen des „Internationalen Zeitfunks“ zur Sendung.

Erste Kriegsgräberfahrt nach Frankreich
Offenburg (ld). Von Offenburg aus begann die erste Kriegsgräberfahrt nach Frankreich. Die Fahrt, an der sich 130 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten, ging mit fünf Omnibussen über Kehl nach Nancy. Von dort aus besuchten die Teilnehmer die verschiedenen Soldatenfriedhöfe in der Gegend von Nancy und das Gräberfeld von Andilly. Künftig sollen regelmäßig solche Fahrten nach Frankreich veranstaltet werden.

Neue Flüchtlingsliederung in Freiburg
Freiburg (swk). Am Ausgang des Kappeler Tales haben aus Norddeutschland umgesiedelte Flüchtlinge in monatelanger Arbeit eine Gemeinschaftsliederung errichtet. Jeder der Flüchtlinge leistete 2000 Arbeitsstunden je Haus. An der Finanzierung hat sich die Landeskreditanstalt mit einem Darlehen von über 300.000 DM beteiligt.

Siebenköpfige Schmugglerbande verknackt
Lörrach (swk). Das Schöffengericht verurteilte eine siebenköpfige Schmuggler- und Schieberbande, die mit Rucksäcken über die „grüne Grenze“ und mit Paddelbooten über den Rhein große Mengen an Bohnen- und Neskafee geschmuggelt und verschoben hatte, zu Gefängnisstrafen bis zu 7 Monaten. Außerdem wurden Geld- und Werbestraten von zus. nahezu 50.000 DM verhängt.

„Haltet aus im Narrenhaus...“
Lörrach (ld). Auch in den alten Städten am Hochrhein, wo die Narrenzünfte oft auf eine Jahrhunderte alte Tradition zurückblicken können, wurden die „Generalabstimmungen“ für die neue Narrenzzeit bekanntgegeben. In Tiengen, Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Lörrach tagten bei verlängerter Polizeistunde die Narrenzünfte und Elferräte und hielten eine erste Heerschau ab. Im Mittelpunkt der vorfaschingslichen Gespräche stand das große oberrheinische Narrentreffen, das nach dem Beschluß der Zünfte voraussichtlich im Februar in Tiengen am Hochrhein stattfinden wird. Der Zeremonienmeister der Lörracher Narrenzunft gab dem nährischen Volk für die diesjährige Fastnacht die zeitnahe Losung bekannt: „Haltet aus im Narrenhaus“. Der Text des Fastnachtsschlagers, der nach der bekannten Melodie: „Haltet aus im Sturmebraus“ zu singen ist, lautet: „Haltet aus im Narrenhaus, mach' an Fastnacht ja nicht müd', was meinst, was uns noch alles blüht“.

Junglehrer feiern seit Monaten
Stetten (swk). Seit Ende Juli bereits ruht in der Pädagogischen Akademie in Lörrach-Stetten der Lehrbetrieb. Die tiefere Ursache der langen Ferien liegt darin, daß die Akademie seit der Einführung der konfessionellen Lehrerbildung nur 40 Junglehrer zählt und damit stark unterbelegt ist. Über das, was noch kommen wird, ist die Leitung der Lehranstalt selbst nicht völlig unterrichtet. Einerseits spricht man von einer Verlegung in eine andere badische Stadt wie auch von einem Umzug in ein kleineres Gebäude.

Neue Vorzei-Funde am Oberrhein
Säckingen (swk). In Murg am Hochrhein wurden erneut zahlreiche Funde aus der Rißzeit gemacht. Die Tieferlegung des bisherigen Niveaus einer Lehmgrube um mehrere Meter schnitt die Grundmoräne des Rißgletschers an. Hier wurden große Knochenstücke des Mammutelefanten gefunden, ferner sämtliche Zähne des Unterkiefers eines Wildpferdes, Geweihreste von Rentieren und Kohlenspuren sowie Hornsteinwerkzeuge. Murg ist seit vielen Jahren als Rastplatz von Menschen der Rißzeit bekannt. Es ist bis heute die älteste menschliche Siedlungsstätte in Süddeutschland, die geologisch genau einzustufen ist. Die Funde scheinen Mahlzeitenüberreste des Urmenschen zu sein.

Hotelliers haben Nachwuchssorgen
Neustadt, Schwarzwald (ld). Insgesamt 4,35 Millionen Übernachtungen wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres in Baden gezählt gegenüber 3,85 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wie auf einer Delegierten- und Mitgliederversammlung des Badischen Hotellierverbandes in Friedenweiler weiter bekanntgegeben wurde, bedeutet dies den Gewinn eines vollen Reisesemesters mit einem Zuwachs von 31 Prozent. Im Ausländerreiseverkehr, der wesentlich stärker zugenommen habe, betrage der Zuwachs 65 Prozent. Allein der Verkehr aus den Niederlanden, aus Belgien und Luxemburg habe um 125 bis 130%

zugenommen. Insgesamt habe der deutsche Fremdenverkehr jedoch erst, wie Alfred Brenner, der Vorsitzende des Verbandes erklärte, 80 Prozent der Frequenz des Jahres 1937 erreicht. Eine ernste Sorge für die Hotelliers bilde die Frage des Nachwuchses; vor allen Dingen tenie es an Lehrstellen sowohl für Köche als auch für Kellner.

Alemannisch-pfälzisches Trachtentfest
Wolfach (ZSH). Ein alemannisch-pfälzisches Trachtentreffen an dem Trachtengruppen aus dem Schwarzwald, dem Odenwald, aus Hessen und aus der Schweiz teilnehmen, soll Pfingsten 1952 in Speyer stattfinden.

Neuer Bundestagsabgeordneter
Stellv. Bürgermeister W. Faller, Schopfheim (ld). Als Nachfolger des bisherigen Bundestagsabgeordneten Professor G. Herbig (SPD) aus Schopfheim wird der stellvertretende Bürgermeister von Schopfheim, Walter Faller, in den Bundestag einziehen. Herbig ist zum Gesandten der Bundesrepublik in Uruguay ernannt worden. Er soll sein Amt in nächster Zeit antreten. Eine Nachwahl ist nicht notwendig, da Herbig im Jahre 1949 über die Landesliste der südbadischen SPD in den Bundestag gewählt worden war. Walter Faller ist 42 Jahre alt.

Aus den Nachbarländern

Sorokas Komplize festgenommen
Fahndung großer Polizei-Einheiten
Gaiddorf (lwb). Bei einer Großfahndung der Landespolizei gelang es, dem Komplizen des am 30. September aus dem Zuchthaus Bruchsal ausgebrochenen 24jährigen Gewaltverbrechers Jaroslaw Soroka in der Nähe von Gaiddorf festzunehmen.

Der Verhaftete ist ein vorbestrafter 28 Jahre alter Ausländer. Bei den Fahndungen, die auch an den Tagen vorher von großen Polizeieinheiten vorgenommen worden waren, glückte es noch nicht, Soroka selbst zu fassen. Er hält sich nach Ansicht der Polizei vermutlich in den Wäldern im Raum Schwäb. Hall—Gaiddorf—Backnang versteckt. Wie die Polizei feststellte, hat er inzwischen zur Nachtzeit weitere Einbruchsdiebstähle in dieser Gegend verübt. Die Fahndung wird fortgesetzt.

Soroka und sein Komplize hatten am 3. November einen Beamten der Landespolizei bei einem Handgemenge schwer verletzt. Der Beamte hatte die Verbrecher bei Bartenbach im Kreis Backnang kontrollieren wollen, worauf er von den beiden mit der Pistole bedroht wurde. Der Beamte befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Güter- und Kohlenwagen entgleist
Verkehrsunterbrechung bei Besigheim
Besigheim (ZSH). Beim Besigheimer Bahnhof gab es einen Zugunfall, der eine vierstündige Unterbrechung des Zugverkehrs verursachte. Bei einer Rangierfahrt entgleiste infolge zu früh erfolgter Weichenstellung ein Güterwagen und der Kohlen tender der Rangierlokomotive. Der gesamte Zugverkehr der Linie Heilbronn—Stuttgart wurde an dieser Stelle blockiert. Durch Einsatz von Omnibussen zwischen Bietigheim und Besigheim konnten die Reisenden zu den Anschlusszügen gebracht werden.

Von 1927 V2-Abschüssen nur 620 Einschläge
Göppingen (lwb). Der Raketenforscher Rudolf Nebel, auf dessen Erkenntnisse die deutschen V-Waffen im wesentlichen zurückgingen, erklärte auf einem Vortragsabend in Göppingen, von 1927 V2-Abschüssen seien in England nur 620 Einschläge festgestellt worden. Nebel bezeichnete als die nächsten Ziele der Raketenforschung die Schaffung eines Weltraumschiffes und einer Raumstation, die in etwa 8000 km Entfernung von der Erde kreisen soll.

ALLE WEGE führen zu Dir
LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER
Copyright by Hamann-Meyerpress (17. Fortsetzung)

Ein goldglitzernder Schmetterling kam gebogen und setzte sich auf Jennifers Schulter. Vorsichtig schloß sie ihre Hand um das kleine, flatternde Wunderwerk. Sie wollte es Yen Sei zeigen, das Kind liebte alles, was lebte und sich bewegte. Vielleicht deshalb, weil es selbst so schwer gehen konnte.

Sie lief schnell den schmalen Pfad zu dem Gebäude, in dem sie Prinz Yen Sei wußte, entlang.

Das Kind kannte ihren Schritt. Es setzte sich auf seinem Lager auf. Ein Leuchten ging über das Gesicht mit den dunklen, schwermütigen Augen, die nur ein wenig schliefstanden.

„Enni — Enni!“
Es streckte seine Arme Jennifer entgegen.
„Hier kommt Enni!“ sagte Jennifer. Sie war so stolz darauf, daß der Kleine sich bemüht ihren Namen auszusprechen, und wenn Jennifer bisher auch nur zu „Enni“ gediehen war, so genügte ihr das schon.

Mit einer Handbewegung schickte Jennifer die drei chinesischen Dienerinnen, die bei dem Kind gesessen hatten, hinaus. Sie geborchten sofort: sie fürchteten sich vor dieser Frau mit der weißen Haut und den blauen Augen. Blaue Augen hatten nur Dämonen, das wußten sie, außerdem hatte sie Haare wie eine Feuerlöbe. Die Haare lebten, sie waren nicht schwarz und straff, wie die Haare der Chinesen, sie waren weich und ringelten sich zu Locken und flatterten im Windhauch wie lebende Wesen. In diesen Haaren steckte sicher die Zauberkraft, die auch den kleinen Prinzen laufen lehren sollte.

Jennifer öffnete ihre Hand und ließ den Schmetterling fliegen. Das Kind jauchzte, es streckte die Arme aus und wollte hochgenommen werden.

„Du mußt selbst versuchen, aufzustehen“, sagte Jennifer, du kannst dich gut bewegen, Yen Sei, wenn du nur willst.“

Ernsthaft bemühte sich der Kleine, sich aufzurichten. Er streckte die Hand nach dem Schmetterling aus, der sich auf die buntseidene Bettdecke gesetzt hatte.

„Fang ihn, Yen Sei“, lächelte Jennifer.

Professor Ashley hatte gesagt, das Wichtigste sei, daß das Kind sich selbst bemühe, die gelähmten Gliedmaßen zu bewegen.

Es war rührend zu sehen, wie der Kleine sich Mühe gab. Ueberwältigt von Zärtlichkeit beugte sich Jennifer herab und nahm das Kind in ihre Arme. In ihren Herzen stieg der brennende Wunsch auf, auch einmal ein Kind zu haben, ein eigenes Kind.

Sie sah zwei stolze, herrliche Augen vor sich, einen Mund, der ironisch lächelte, starke, wohlgeformte Hände, die einen schützen konnten, die hart wirkten und doch lieblichen konnten.

Sie dachte an Oliver Persham, den Mann, den sie liebte. Es war etwas Unbegreifliches um diese Liebe. Sie konnte sie nicht erklären, sie war über sie hergefallen wie der Sturmwind. Und sie fragte nicht warum, es gab ja keine Antwort auf diese Frage.

Sie stellte sich vor, wie wohl Oliver Pershams Kind aussehen würde. Es mußte ein Junge sein, mit feinen, schlanken Gliedern. Mit großen, herrlichen Augen und einem trotzigem Mund, der auch lächen, frei und glücklich lachen konnte. Sie fühlte, daß die

Tränen in ihr aufstiegen. Niemals würde dieser Traum Wirklichkeit werden. Wo war Oliver Persham, wo war Wu Tang?

Sie sah sich mit großen Augen um. Wie ein wildes Tier fiel plötzlich ihre Verlassenheit wieder über sie her. Sie war allein, allein unter tausend chinesischen Frauen. Sie lebte in einer Stadt, wo die Zeit stehengeblieben war. Vielleicht würde auch sie eines dieser seelenlosen Geschöpfe werden, für die es keine Zeit, keine Stunden mehr gab. Vielleicht würde sie nie — eingesponnen werden — schon jetzt merkte sie manchmal, wie die seltsame Zauberkraft, die von den fremden Blumen, den alten Tempeln, dem Palast und den lächelnden Buddhas ausging, ihr die Lebenskraft nahm. Nein, das durfte nicht sein! Sie mußte kämpfen, sie mußte leben. Sie wollte ihren Weg selbst finden.

Sie massierte mechanisch Yen Sei's Beine. Dabei legte sie sich einen Plan zurecht. Sie mußte versuchen, einen dieser Männer, die heute hierher kamen, für sich zu gewinnen.

Warum hatte man den Prinzen Yen Sei überhaupt hierher gebracht? War es ein Racheakt an dem Mandarin Huang Yu? Oder wollte man eine Lösesumme erpressen?

Beide Möglichkeiten erschienen ihr unwahrscheinlich. Irgendein mystisches Geheimnis mußte hinter dieser Entführung stecken. Sie merkte ja, daß man das Kind mit allergrößter Hochachtung behandelte. Die Dienerinnen, die in Yen Sei's Nähe kamen, verbeugten sich vor dem Kind, als sei es eine Gottheit.

Gab es nicht Kindergötter in Asien? Wählte man nicht einen kleinen Knaben, wenn man den neuen Dalai Lama ernannte? Sie hatte dies gelesen, es war doch erst kürzlich gewesen, daß ein kleiner Junge Dalai Lama, der geistige Herrscher über viele tausend Seelen geworden war.

Vielleicht hatte man etwas Ähnliches mit Yen Sei vor? Er trug ja die Kette mit den sieben silbernen Glöckchen um den Hals. Sieben silberne Glöckchen — dasselbe Symbol begegnete einem hier auf Schritt und Tritt. Sieben silberne Glöckchen läuteten von den Türmen...

Und Oliver Persham hatte auch eine Kette mit sieben silbernen Glocken getragen. Wenn sie nur wüßte, was das bedeutete...

Vor der Tür kauerten die chinesischen Dienerinnen. Sie hatten ein Tuch auf dem Boden ausgebreitet und spielten Mah Jong. Scheu sahen sie zu Jennifer auf, als sie vorüberkam. Dann aber nahm das Spiel sie wieder gefangen, und sie blickten Jennifer nicht nach.

Wo war der Lotus-Tempel? Auf gut Glück schlug Jennifer einen Pfad ein. Sie ging schnell und lautlos. Die Gummisohlen ihrer weißen Sportschuhe schluckten jedes Geräusch.

Lotusbewachsene Wassergräben zogen sich kreuz und quer durch die Gärten. Jennifer konnte es sich nicht versagen, sich zu bücken und eine der rosig schimmernden Blüten zu pflücken. Eine breite Hecke mit seltsam feuerroten Früchten sperrte ihren Weg.

Sie suchte einen Durchgang, aber sie fand keinen. Vorsichtig bog sie die Zweige zur Seite, und da — nicht weit von ihr entfernt lag der Lotus-Tempel.

Sie atmete tief auf. Plötzlich hatte sie u. Gefühl, irgendwie am Ziel zu sein. Es war so, als spürte sie ganz instinktiv die Nähe der Großen Mutter. Sie konnte sich gar keinen Begriff von dieser Herrscherin machen. Was sie jung? Alt? Keiner hatte ihr Auskunft gegeben, alle waren ihren Fragen ausgewichen. Die Große Mutter beherrschte alles und hielt alles in ihrem Bann. Das war China, das geheimnisvolle, uralte China. Die Welt, die niemand besiegen konnte. (Fortf. folgt)

